

1/30 monatlich bei zweimaliger... 1/30 monatlich bei zweimaliger...

Daum-Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

werden 6. 6. 1919. 34 mm Br. Millimeter...

Nr. 317.

Halle, Donnerstag, den 10. Juli.

1919.

Die Liste der Auszuliefernden.

Die Dauererfüllung der deutschen Nationalversammlung. — Neue Erzberger-Rede. — Wissells Verabschiedung.

Die Liste wird immer umfangreicher!

WTB. Versailles, 9. Juli. (Drahtnachricht.) Die Liste der an die Alliierten auszuliefernden Deutschen wird heute in einigen Württembergern...

Noch keine Ententnote an Holland.

WTB. Haag, 9. Juli. (Drahtnachricht.) Wie das niederländische Korrespondenzbüro erzählt, ist an maßgeblicher niederländischer Stelle nichts darüber bekannt...

Kaiserfrage im Oberhause.

Ein Besatz deutscher Offiziere. Basel, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Times“ melden, dass die Alliierten haben in Sachen des Prozesses gegen den Kaiser eine Anfrage eingereicht...

Wann erfolgen die ersten deutschen Zahlungen?

40 Milliarden am 1. Oktober? Basel, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Nach dem „Echo de Paris“ werden die deutschen Zahlungen an die Entente bereits am 1. Oktober beginnen...

Ein Fürsprecher des Kronprinzen.

Frühere Friedensschmähungen des Kronprinzen. Berlin, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der frühere Oberkommandant der deutschen Kronprinzen, Rittermeister Herold...

Wissells Abschiedsgesuch genehmigt!

Berlin, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, hat der Reichspräsident das Abschiedsgesuch des Reichswirtschaftsministers Wissell angenommen.

Russische und ungarische Kommunisten in Hannover.

Hannover, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Von Ungarn und Russland sind noch hier kommunistische Elemente gekommen, die die Mense mit russischen und ungarischen Geld zu beeinflussen und zu gewinnen suchen.

Schießereien in Hannover.

Drei Kommunisten hingerichtet. WTB. Hannover, 9. Juli. Bei Schießereien in der oergangenen Nacht wurden drei Personen erschossen und vier verwundet.

Der kommandierende General hat die von den Vertretern der Arbeiterpartei beantragte Aufhebung des Belagerungsstandes abgelehnt. Das Erscheinen der „Roten Fahne“ und des „Völkerechts“ ist verboten worden.

Streikbeendigung in Hamburg.

WTB. Hamburg, 9. Juli. (Drahtnachricht.) Heute fand eine Versammlung der Ausständigen statt, in der nach längerem Verhandlung die Wiederannahme der Arbeit am Donnerstag fest beschlossen wurde.

Vorbereitungen zur Übergabe von Danzig.

Danzig, 9. Juli. Um die Uebergabe der Stadt Danzig an den Völkerverbund vorzubereiten, traf hier das Mitglied der Alliiertenkommission aus Berlin, der Oberst Biedewiel, ein. Er äußerte sich einem Vertreter der „Danziger Zeitung“ gegenüber über seine Aufgaben in Danzig und meinte, er werde sich um die Verhältnisse und die Stimmung in Danzig zu erkundigen und sich über die Wünsche der Danziger Bevölkerung zu informieren.

Die Lage in Italien.

WTB. Amsterdam, 9. Juli. In einem Telegramm über die Streiks und Unruhen in Italien berichtet der römische Vorkorrespondent des „Daily Herald“ unter anderem, daß sich in Florenz die Situation sehr ernstlich verändere, die Aufständischen ausgebreitet in Perugia, Mantua, Bologna, Biella, Terni, Anagni, Verona, Bergamo und Jesi wurde am Sonnabend Generalkrieg erklärt.

1200 Personen in Mailand verhaftet.

Basel, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Basler Nachrichten“ melden aus Mailand: Die letzten die Verhaftungen durch Zerschlagen der Gewerkschaften sind fast ausschließlich zur Ruhe gekommen. Der Militärat hat fast 1200 Personen in Mailand verhaftet, darunter zahlreiche Berufsverbrecher.

Der Gang durch die Wüste.

Der 9. Juli war wiederum ein Tag des nationalen Jammers und zugleich des traurigen Satyrspiels. Der Tag, an dem das deutsche Volk den vierzigjährigen Gang durch die Wüste antat, um ein Wort Hermann Müllers zu gebrauchen, zeigte im Nationaltheater in Weimar nicht die großen Männer, die wir an diesem Tage gern als Vertreter des deutschen Volkes versammelt gesehen hätten.

Noch einmal: Wir hätten diesem Tage einen andern Verlauf gewünscht. Wenigstens gefehlt hätte das Ausland, das im Protest einige und geschlossene Vertretung des deutschen Volkes sehen sollte. Eine solche Protestkundgebung würde man im Auslande geachtet haben, wie wir einst stumme Achtung vor den Protestworten von Bordeaux empfanden.



# Drei Sitzungen der Nationalversammlung.

Die Annahme der Friedensvorlagen. — Abermals Parteigezänk und Stürmereien. — Absehung des deutschen Antrages. — Erzberger wendet sich gegen die Kritiker seiner Ausführung. — Ende der Generaldebatte.

## Deutsche Nationalversammlung.

In der Fortsetzung der Beratungen der Nationalversammlung sprach

**Abg. Kapp (D. Vpt.):** Die Deutsche Volkspartei erklärt in Uebereinstimmung mit ihrer Haltung in den Sitzungen der Nationalversammlung vom 22. und 23. Juni, daß sie ihre Zustimmung zur Ratifikation dieses Friedensvertrages nach bestem Willen und Gewissen nicht zu geben vermag. Sie wiederholt ihre Ablehnung im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die sie damit vor der Weltgeschichte und dem deutschen Volke übernimmt. Wir bitten und

**ernennen das deutsche Volk, die Reihen zu schließen, fieberhaft zu arbeiten, den Glauben an das Vaterland nicht zu verlieren. Sollte dieser Frieden jetzt zum Vorkriegeserhöhen werden, so werden wir niemals seine Rechtsbefähigung anerkennen. Wir lehnen einen solchen Frieden heute und immer ab. (Beifall und Händelklatschen.)**

**Präsident Fehrenbach:** Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die Angehörigen des Hauses nicht in die Hände klatschen dürfen. (Widerpruch rechts: Anträge.)

**Abg. Henke (U. S. V.):** erklärt im Namen seiner Partei: Auf unsere Initiative ist die Regierung am 22. Juni zur Unterzeichnung des Friedens veranlaßt worden. (Beifall im ganzen Hause.) Wir stimmen dem Antrag zu

**unter dem Zwange der Gewalt,**

gegen die wir uns nicht wehren können. Eine Abwehr dürfen wir nicht versuchen, weil sie von neuen und noch größeren Leiden für unser Volk begleitet worden wäre. Wir verlangen die

**sofortige Aufhebung der Blockade**

und die Rückkehr der Gefangenen. Wir grüßen die Flammensprüche innerhalb der revolutionären Arbeiterklasse im Osten und Westen Europas und reichen den Proletariaten der ganzen Welt die Bruderhand zum Kampf für die Weltfreiheit. (Beifall.)

**Abg. Wilmig (Soz.)** erklärt im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens: Die Bestimmungen des Versailler Friedens über den deutschen Osten entstehen in ihrer Gesamtheit der von den Verbündeten und vereinten Mächten selbst geforderten Rechtsgrundlage. (Zustimmung.)

Darauf schlägt er die Abgeordneten des Ostens, zugleich im Namen der von ihnen vertretenen Bevölkerung, in dieser weltgeschichtlichen Stunde

**einmütig festerlich Verwahrung**

ein gegen die Festsetzung des deutschen Ostens. Einst wird kommen der Tag, da der Sieg des Rechts das Unrecht von Berlin wieder aufzuheben wird. (Beifall.)

**Abg. Alkotte (Sentr.)** legt namens der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland besetzten Gebiete Verwahrung gegen das Unrecht ein, das den Rändern und der Bevölkerung dieser Gebiete geschieht.

Desgleichen der **Abg. Waldlein (Dem.)** im Namen der Abgeordneten Schleswig-Holsteins.

**Präsident Fehrenbach:** Ein echt deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen: Elak-Lothringen. Ich fühle mich als Präsident der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter der anderen von Deutschland losgerissenen Gebiete anzuschließen.

**Abg. Dr. Schiffer (Dem.)** zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die zweite Beratung bitte ich um Einlegung einer Pause. Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß wir innerhalb der Fraktionen zu der überfälligen Entschließung der Nationalversammlung Stellung nehmen. (Zustimmung.)

Der **Präsident** verliert unter Zustimmung des Hauses gemäß dem Vorschlag des Abgeordneten Schiffer und bestimmt die nächste Sitzung auf 12½ Uhr an.

## Die zweite Sitzung.

Am 12 Uhr 25 Minuten eröffnet der **Präsident Fehrenbach** wieder die Sitzung.

Das Haus geht zur

**zweiten Beratung**

des Ratifizierungsgesetzes über. Inzwischen haben die Deutschen ihre Entschließung ungeduldet zu einem Abänderungsantrag zum Gelegenheitsgesetz, so daß dieser lautet: Der Unterzeichnung des Friedensvertrages werde zugestimmt unter der Bedingung, wie er in der Entschließung ausgesprochen war.

**Abg. Schiffer (Dem.):** Wir werden gegen den Antrag stimmen. Ich behaupte, daß er überhaupt eingebracht wurde. (Sehr richtig!) In dieser Stunde wird Klarheit und Entschlossenheit mehr als je verlangt und wird zum Gebot. Der Antrag dient nur dazu, Verwirrung und Unklarheit zu schaffen. Das machen wir nicht mit.

**Abg. Gedder (Sentr.):** Sonderbar genug lag uns der Antrag der Deutschen Nationalen erst in letzter Minute vor. Unser Antrag, einen unparteiischen Gerichtshof einzusetzen, ist von der Entente abgelehnt worden. Wir können nicht mehr darauf zurückkommen. Wir brauchen kein gelehrtes Kollegium, das uns über die Rechtsfrage befragt. Offenbar verbindet die Partei des Herrn Schulz-Brömberg mit ihrem Antrag

**nur parteipolitische Ziele.** (Sehr richtig!) und lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitspartei: Hinterrück und Hintrück rechts, Zurück! Demagogie! Man sucht niemand hinter dem Ohr, wenn man nicht selbst dahinter gesteckt hat. Unruhe rechts: Auf; Schieber! bei den Mehrheitspartei: Welche Zweite Sie (nach rechts) mit Ihrem Antrag verfolgen, darüber ist niemand in diesem Hause im Zweifel. (Sehr wahr!) und lebhaft Zustimmung bei den Mehrheitspartei: Sie wollen Ihre Parteirolle an diesem Antrag fügen. (Sehr wahr!) und lebhaft Zustimmung bei den Mehrheitspartei: Aber wir wollen dafür sorgen, daß Ihnen dieses Mandat nicht gelingt. (Beifall.)

**Abg. Schulz-Brömberg (Dn.):** Daß der Antrag, den wir in letzter Stunde eingebracht haben, nicht nicht gebracht worden ist, ist nicht unsere Schuld. Das Bureau ist nicht in der Lage gewesen, ihn zu drucken. Unser Antrag war der letzte Satz nach Gerechtigkeit eines Volkes, das dem Untergang bestimmt ist. (Beifall rechts.)

**Präsident Fehrenbach** stellt fest, daß der deutsch-nationale Antrag dem Bureau erst zwischen 10 Uhr 20 und 10 Uhr 25 Minuten überreicht ist. (Hört, hört!)

**Reichsminister des Auswärtigen Müller:** Ich behaupte unerbitterlich, daß wir

**erleben in dieser historischen Stunde Parteigezänk** müssen. Im übrigen glaube ich, die 3. Sitzung der Nationalversammlung ist doch heute kein Feind in diesem Antrag? Nichts weiter, als ein leichtes Mandat, eine letzte Entscheidung. (Sehr richtig!) und lebhaft Zustimmung bei den Mehrheitspartei: Und ich glaube, die Schiebergeschäfte in der Politik müssen ein für allemal vorbei sein. Nur mit lokalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen, aber mit solchen Anträgen wird sie nicht eingeleitet.

**Abg. Böhe (Soz.):** Der Zweck des Antrages ist nicht zweifelhaft. Das Generalsekretariat der deutsch-nationalen Partei hat in Hand gegeben, daß die Situation der niederliegenden Friedensbedingungen agitatorisch auszunutzen werden müsse. (Hört, hört!) Nicht nur die Einbringung des Antrages, sondern die ganze Rede des Abgeordneten Traub widerspricht der Würde dieser Stunde.

**Abg. Dr. v. Delbrück (Dn.):** Unser Antrag ist schon gestern in der Fraktion beschlossen und ohne unsere Schuld nicht gedruckt worden. Er sollte keineswegs das Haus überfallen.

**Abg. Haase (U. S.):** Der Abgeordnete Traub hat deutlich gezeigt, daß Sie (nach rechts) Ihr Parteieresse verfolgen. Wir

**lehnen es ab, uns an einem Sanktionsrat zu beteiligen.** (Hört, hört.)

**Abg. Dr. Heine (D. V.):** Meine Fraktion bedauert diesen Antrag, der die Nationalversammlung bereinigt hat. Die Mehrheit meiner Parteifreunde lehnt ihn ab. (Beifall.)

**Abg. Schulz-Brömberg** weist noch einmal die Verwirrungen gegen seine Partei zurück.

**Die Abstimmung**

ergibt die Ablehnung des Antrages der Deutschen Nationalen gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Annahme des Gelegenheitsgesetzes ohne Änderung.

Auf Vorschlag des **Präsidenten Fehrenbach** tritt das Haus gleich in die dritte Beratung ein.

Das Wort wird nicht verlangt.

Auf Antrag des Abgeordneten **Nischer-Ostpreußen (Dn.)** erfolgt eine mündliche Abstimmung. Daran beteiligen sich 323 Abgeordnete, von denen 208 mit Ja, 115 mit Nein stimmten.

Demnach ist das Gesetz angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 3 Uhr. Schluß 1 Uhr 20 Minuten.

## Nachmittags-Sitzung.

52. Sitzung.

Im Regierungssaal: Bauer, David, Erzberger, Sell. **Präsident Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 25 Minuten.

**Die erste Beratung der Steuervorlagen** wird fortgesetzt.

**Abg. Graf v. Podobowsky (Dn.)** äußert Zweifel, ob die Nationalversammlung

**überhaupt der zuständige Ort**

für die Beratung von Steuervorlagen sei. (Beifalliges Hört, hört!) Sie sollte sich doch ursprünglich nur mit der Verfassung beschäftigen und dann gleich Neuwahlen ausgeschrieben. Der neue Finanzminister hat über einen seiner Amtsvorgänger gefahren sehr scharfe Worte gesprochen. Eine derartige Kritik eines Amtsvorgängers ist eine bedenkliche Unheuerlichkeit. (Zustimmung rechts.) Ich will Herrn Erzberger nur wünschen, daß sein Nachfolger

**nicht Anlaß zu ebenso heftiger Beurteilung seiner Tätigkeit** nimmt. (Beifalliges Sehr richtig! rechts.) Das deutsche Volk hat ungeheure Lasten aufzubringen, die seine harte Lage noch verschlimmern. Der Gedanke der Steuerentlastung im Reich bedarf noch der Klärung. Unüberdachtlich können wir die Nationalversammlung die nötige Parierung des Belastungswesens durch technische Verbilligung der Steuer

bestimmen. Hinsichtlich der Ertragssteuern wollen wir angesichts der Not der Zeit von unseren Grundfragen nachlassen. Dagegen ist bei der riesigen direkten Steuerlast ein Ausbaub der indirekten Steuern unbedingt geboten. Die große Vermögensabgabe wird

**das 29. Steuergesetz seit 1916**

sein. Wir würden der großen Vermögensabgabe, die 80 bis 90 Milliarden ergeben soll, nicht zustimmen können, wenn sie zu einer plötzlichen Tilgung eines großen Teiles unserer Schuld dienen soll. Denn die Tilgung der Kriegsschulden können wir auf Jahrzehnte verteilen.

**Mit der Arbeitslosenunterstützung** muß ausseräumt werden. Aber allem fordere ich von der Regierung ein: Haushaltskontrolle und eine Statistik der Ausgaben der Arbeiter- und Soldatenräte. (Beifall rechts.)

**Reichsminister der Finanzen Erzberger:** Ich werde alle Energie anwenden, um die Finanzschwierigkeiten zu beseitigen. Dann liegt aber die Verantwortung bei der Nationalversammlung. Die Kritik an einem weiteren Amtsvorgänger ist allerdings eine Unheuerlichkeit. Aber früher waren die Minister die Träger derselben Krone. Aber das neue System läßt sich nicht mit den Fehlern des alten belassen. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte nicht um ein mildes, sondern um ein gerechtes Urteil. Mein Urteil war nicht nur gerecht, sondern auch mild. (Widerprüchlich rechts.) Staatssekretär Hellerich hat sich jeder ordentlichen Steuererhebung, namentlich der Kriegsgewinnsteuer, widersetzt, wie überhaupt jeder durchgreifenden Finanzreform während des Krieges. Aber das Gegenteil behauptet, daß sein finanzpolitisches Urteil. Der Gesamtbedarf des Reiches kann tatsächlich nicht durch direkte Steuern allein gedeckt werden. Der Friedensvertrag schafft ganz neue Bedürfnisse in der Struktur Deutschlands. Er muß anders wirken, als diejenigen glauben, die ihn uns aufzuzwingen haben. Die Napoleon nicht hindern konnte, daß Deutschland später zu einem Staat wurde, je mehr aus dem

aber das ungläubigste leistete. Im „heiligen Egoismus“ wollen die deutschen Erben der Konventionen selbst — außerpolitisch betrachtet — von den Italienern nicht überreifen lassen. Um dem heiligen Egoismus zu frönen, sollte sogar der Tag des nationalen Jammers, der 9. Juli, dienen. . .

Zur Beratung stand in der am vormittags 10 Uhr anberaumten Sitzung der Nationalversammlung das Friedensvertrags-Gesetz, das die Nr. 478 der Drucksachen trägt und dessen Knapper, für immer interessant bleibender Inhalt dem Wortlaut nach besagt:

**Entwurf eines Gesetzes** über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Zustimmung des Staatsauschusses hiermit verkündet wird:

Artikel 1.  
Dem am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrage zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten und dem dazu gehörenden Protokolle sowie der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Bekämpfung der Rheinlande wird zugestimmt.

Der Friedensvertrag, das Protokoll und die Vereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2.  
Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Dieser Vertrag Gehegesvorlage folgt sodann auf 205 Seiten der Wortlaut des Friedensvertrages in französischer, englischer und deutscher Sprache, dem sich in besonderen Anlagen schließlich noch das Protokoll und das Abkommen über die Besetzung des Rheinlandes anschließen. Eröffnet wurde die Sitzung mit einer kurzen Rede des Innenministers Hermann Müller, der noch einmal betonte, daß unser Protest aufrecht erhalten bleibt. Auf der anderen Seite betonte er aber auch, daß aufrecht erhalten auch das deutsche Versprechen auf Erfüllung der Vertragsbedingungen bis zum äußersten bleibt. Leider dürften nur die Reden behalten, die der Meinung sind, daß der äußerste Aufwand an Energie nichts nutzen wird, weil diese Bedingungen überhaupt nicht zu erfüllen sind. Ob die Entente auch ihrerseits zur Erfüllung ihrer Versprechungen übergehen wird, ob sie uns schließlich immer in jahrelanger Gefangenschaft schmachtenden Brüder zurücklassen und ob sie die Blockade schnellstens beseitigen und restlos aufheben wird, müssen die nächsten Tage zeigen. In ihren Reden betonten auch alle Parteiführer noch einmal, daß wir wider Recht und Gerechtigkeit vergewaltigt wurden und daß die Entente uns unerfüllbare Bedingungen auferlegte. Die Mehrheitsverhältnisse waren etwa die gleichen wie in der Sitzung am schwarzen Sonntag des 22. Juni. Während damals von den 421 Mitgliedern der Nationalversammlung sich immerhin 380 an der Abstimmung beteiligten, waren zur gefügigen Entscheidung der vorgelagerten Urkunden nur noch 323 anwesend. Fast 100 Mitglieder fehlten überhaupt und 77 Herren waren weniger anwesend als am 22. Juni. Stimmabstimmungen gab es nach dem Vorkriegesverfahren keine; die Ja-Sager hatten sich am 29. vermindert, die Zahl der ablehnenden Mitglieder war um 23 gesunken. Angenommen wurde der Vertrag wiederum durch Zentrum und Sozialdemokratie sowie durch einige wenige Demokraten. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion der Deutschen demokratischen Partei lehnte auch gestern ab, weil sie nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß dem Deutschen Volke durch die Annahme des Friedensvertrages schwerere Nachteile erwachsen, wie sie für uns alle durch die Ablehnung hätten entstehen können.

Die Regierung hat die erbetene Genehmigung. Nachdem der Vertrag dem Reichstag mit Zustimmung des Reichsrates am 22. Juni 1919 unterzeichnet wurde, ist die Ratifizierung auch bei unseren Gegnern schnellstens erfolgt. Nachdem wir gestern die erste Sitzung auf unserem Lebensweg erreicht haben, sehen wir voll Bangen und Sorgen den nächsten entgegen. Diese nächsten Stationen werden äußerlich erkennbar sein durch den Einmarsch der Polen in Westpreußen, durch die Besetzung des Danziger Freistaates und Überfließens durch Truppen der Entente, nicht zuletzt aber durch das Verlangen der Gegner auf Auslieferung deutscher Führer, die für uns immer nicht genug zu verübende Schäden bleiben werden. Diese Lebensstation, die größte und schwerste, wird das Volksgattha des deutschen Volkes sein. . .

Carl Helms.

## Ruch Prinz Heinrich von Preußen stellt sich zur Verfügung.

Hamburg, 8. Juli. Prinz Heinrich von Preußen hat an den König von England folgendes Telegramm geschickt: **Er. Majestät dem König von England, Buckingham-Palast, London.**

Im Namen der Reichsregierung bitte ich Eure Majestät, von der Ratifizierung des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, der ich mich nachdrücklich mit Eurem Majestät in London am 26. Juli 1914 nach Deutschland zurückverleihe und bis zum Ausbruch der Mobilisation bei unserem Kaiser verweilt, in dem Maße, wie der Kaiser und seine Reichsregierung demselben, mit allen zur notwendigen Mitteln einen Krieg als Mittel für die Bewältigung abzusehen. Die aller Welt ist im Jahr 1914 ausgerechnetem Besatzungen über der deutschen Erde zu widerlegen, bis ich bereit und ich bitte mich Eure Majestät zur letzten Verfügung, um Eure Majestät bestmöglich zu sein, die Wahrheit über die Kriegswunden und deren Folgen an das Licht zu bringen.

## Wichtige Kabinettsitzung in Weimar.

WTB. Weimar, 9. Juli. Aus Weimar wird gemeldet, daß heute eine Kabinettsitzung stattfand, an der teilnahmen die vormaligen Minister Hirth, Heine und Scharif. Außerdem sind in Weimar anwesend Staatsminister Wilmig, Reichskommissar Höfing, sowie eine Reihe von Herren aus Weimar, als Vertreter des sächsischen Volkstages. Die Verhandlung, die die Verhandlungen betrafen, wird, ist, ist, ist.







